Vorlage Stadtparlament

vom 5. Dezember 2006 Nr. 2487

Einfache Anfragen

Einfache Anfrage Christine Bölsterli-Wickart: Fernsteuerzentrum SBB St.Gallen; Beantwortung

Am 11. September 2006 reichte Christine Bölsterli-Wickart die beiliegende Einfache Anfrage betreffend "Fernsteuerzentrum SBB St.Gallen" ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

Der Entscheid des Verwaltungsrates SBB vom 25. August 2006, wonach bis ins Jahr 2015 die dispositiven und operativen Funktionen zum Lenken des Zugverkehrs schweizweit in drei grossen Betriebszentralen in Lausanne, Olten und Zürich sowie in zwei kleineren Zentren in Bellinzona und Spiez (BSL) zusammengeführt werden, hat sowohl die Regierung des Kantons St.Gallen wie auch den Stadtrat überrascht. Die Behörden wurden nach einer mündlichen Vororientierung mit Schreiben vom 30. August 2006 über diesen neuen Sachverhalt in Kenntnis gesetzt.

Das ursprüngliche, Ende Mai 2003 vorgestellte Lenkungskonzept der SBB sah ein Rail Control Center (RCC) in Olten und vier regionale Betriebszentralen in Lausanne, Bellinzona, Spiez und St.Gallen vor. In der Zwischenzeit gab es keinerlei Anzeichen dafür, dass die SBB von diesem Konzept abweichen und auf die vorgesehene Betriebszentrale in der Ostschweiz verzichten würden. Der Kanton als direkter Ansprechpartner der SBB im Bereich des öffentlichen Verkehrs wurde weder in die Diskussion um eine Neukonzeption miteinbezogen noch frühzeitig über die Streichung des geplanten Standorts in der Ostschweiz informiert. Deshalb konnte dem Lobbying der Zürcher Regierung nicht entgegengesetzt werden.

Mit Schreiben vom 13. September 2006 hat der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements im Einvernehmen mit dem Stadtrat sein Befremden über dieses „Fait accompli“ ausgedrückt und gleichzeitig Auskunft über die Beweggründe verlangt, weshalb das Konzept RCC zu Lasten der Arbeitsplätze in der Ostschweiz überarbeitet wurde.

Im Antwortschreiben der SBB vom 29. September 2006 werden im Wesentlichen zwei Gründe angeführt: Zum einen war der Ausfall der Leittechnik vom 7. Februar 2005 ein prägendes Ereignis. Dieser hatte zur Folge, dass rund 40 Bahnhöfe im Grossraum Zürich während Stunden nicht mehr oder nur sehr eingeschränkt gesteuert werden konnten. Die beiden geplanten, ungefähr gleich grossen Zentralen in Olten und Zürich wären in einem ähnlich gelagerten Störungsfall in der Lage, sich gegenseitig zu unterstützen und so die negativen Auswirkungen auf den Betrieb rascher aufzufangen. Zum andern ermöglichen die heutigen technischen Innovationen im Bereich der Leittechnik, den Zugverkehr grossflächig ab wenigen Zentren zu überwachen und zu steuern, was angesichts des immer dichteren Bahnbetriebs eine betriebliche Notwendigkeit darstellt . Die SBB erachten es als ihre Pflicht, auch im Interesse des Bundes als Eigner und der Kantone als Besteller, den technischen Fortschritt zu nutzen, um damit die Qualität des Bahnangebotes zu garantieren.

Die Umstrukturierung soll bis ins Jahr 2015 abgeschlossen sein. Bis die Betriebszentrale in Zürich operativ ist, werden die SBB eine eigene Disposition für die S-Bahn St.Gallen aufbauen. Damit wird das heutige Fernsteuerzentrum zu einer kleinen Betriebszentrale erweitert. Die Migration des Personals erfolgt erst, wenn die Zentrale in Zürich stabil läuft, was noch mehrere Jahre dauern dürfte. Das Personal wird laufend über die weiteren Schritte informiert.

Auch wird im Schreiben der SBB erwähnt, dass ganz bewusst keine Standortbehörde in den Entscheidungsprozess einbezogen wurde, da es sich um einen unternehmerischen Konzeptentscheid handle. Der Kanton St.Gallen, vertreten durch den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, hat am 3. November 2006 im Gespräch mit den SBB die regionalwirtschaftlichen Interessen am Erhalt der Arbeitsplätze erneut betont und darauf hingewiesen, dass der Bahnbetrieb technisch von jedem beliebigen Ort aus gelenkt werden kann. Es sei deshalb schwer nachvollziehbar, dass die Steuerzentrale für die Region Zürich/Ostschweiz nur in Zürich und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, in St.Gallen angesiedelt werden könne. Es ist trotz der regionalpolitischen Problematik leider nicht anzunehmen, dass die SBB ihre betriebswirtschaftlich begründete Neulösung in Frage stellen werden.

Der Stadtpräsident:
Hagmann

Im Namen des Stadtrats
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Einfache Anfrage vom 5. September 2006